

# Kreis will Senioren-WG schließen

**BRANDSCHUTZAUFLAGEN** Angehörige laden Bauaufsichtsbehörde zum Vor-Ort-Termin ein

Senioren-WGs sind eine Alternative zu großen Heimen. Doch ihre Bewohner werden älter und gebrechlicher. Anlass für die Bauaufsicht, aktiv zu werden.

Von Ulrich Bergt

**HENNIGSDORF** | Seit jene beunruhigenden Behördenschreiben aus dem Landratsamt bei den Bewohnern der Senioren-Wohngemeinschaft in der Henningsdorfer Albert-Schweitzer-Straße im Briefkasten steckten, hat sich unter den Bewohnern des Hauses die Angst breitgemacht. Die Angst, aus ihrem Domizil vertrieben zu werden und in eines der großen Heime zu müssen. Und das alles noch vor Weihnachten.

„Die älteren Menschen dort sind fix und fertig“, sagt Silvia Bree, deren Schwiegermutter zu den langjährigen Bewohnern der Senioren-WG gehört. In dem dreiseitigen Schreiben kündigt das Oranienburger Bauordnungsamt an, eine „Nutzungsuntersagung für die betreffenden Wohnungen zu erlassen“. Mit anderen Worten: Die Senioren-WG soll baupolizeilich gesperrt werden. Begründet wird dies mit Mängeln beim Brandschutz. Un-

ter anderem fehle ein zweiter Rettungsweg für einen Teil der Wohnungen, es gebe keine automatischen Brandmelder mit Verbindung zur Feuerwehrleitstelle.

Bereits 2007 hatte die untere Bauaufsichtsbehörde des Landkreises eine härtere Gangart im Umgang mit betreuten Senioren-Wohngemeinschaften eingeschlagen. Sie berief sich dabei auf die brandenburgische Krankenhaus- und Pflegeheimbauverordnung und deren scharfe Vorgaben in Sachen Brandschutz. Allerdings ist diese Verordnung vor zwei Jahren außer Kraft gesetzt worden, nachdem sich unter Federführung der Staatskanzlei Arbeitsgruppen des Sozial- und des Bauministeriums mit dem Problem befasst haben. Wie die unteren Bauaufsichtsbehörden vorgehen haben, regelt seither ein gemeinsames Rundschreiben des Infrastrukturministeriums und des Sozialministeriums vom 26. Januar 2010. Darin wird detailliert beschrieben, welche Brandschutzmaßnahmen betreute Wohngemeinschaften einzuhalten haben und welche Ausnahmen galten.

Der Landkreis geht nun davon aus, dass „ausschließlich und zielgerichtet pflegebedürftige alte Menschen als Mieter aufgenommen wer-

den“. Damit handele es sich um einen „Sonderbau“, eine Einrichtung zur Betreuung und Pflege von Personen, die wiederum den strengeren Vorschriften unterliegt.

„Das ist Quatsch“, meint Michael Bethke, dessen gemeinnützige Dialog-GmbH die Senioren-WG betreut und



Angehörigensprecherin Nadine Kohlhagen (l.) und Silvia Bree kämpfen für den Erhalt der Senioren-WG.

auch als Hauptmieter in Errscheinung tritt. In der WG würden keineswegs nur Schwerstpflegefälle betreut. Er hofft, mit der Bauaufsicht einen Kompromiss zu finden, im Interesse der Bewohner. Darauf setzt auch Angehörigengesprecherin Nadine Kohlhagen, deren Mutter in der

WG wohnt. Sie hat die Bauaufsicht gebeten, sich zu einer gemeinsamen Begehung im Haus zu treffen, um die Mängel in Augenschein zu nehmen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. „Von den älteren Menschen will niemand raus, sie möchten dort bleiben“, sagt sie.